

Das Abgeordnetenhaus zur Herrenhausreform.

Sitzung vom 10. Dezember.

Abg. Dr. Wiemer (Fortschr. Bpt.) fährt fort: Auch Herr v. Payer ist hier erwähnt worden. Weder unsere Partei noch er haben sich zu diesem Amt gedrängt, Herr v. Payer bringt ein schweres Opfer, wenn er sich entschlossen hat, dieses Amt zu übernehmen. (Sehr richtig links.) Er hat das getan, weil er glaubte, eine politische Notwendigkeit folgen zu müssen. Für unsere Partei ist unsern Reichen trifft noch mehr als für andere das Wort Scheidemanns zu, daß ein Mann, der unter den heutigen Verhältnissen auf einen Ministerstuhl ist, in die Lage desjenigen kommt, der ohne Bedenken auf einem Ameisenhaufen Platz nimmt. (Seiterleit.) von Payer soll nicht nur der Vertrauensmann der Volkspartei, sondern auch der Sozialdemokraten sein. Es geht uns nichts an, ob es nicht richtig gewesen wäre, wenn die Sozialdemokratie einem etwaigen Auf gegenüber sich nicht ablehnend verhalten hätte; aber wenn die Berufung v. Payers dazu beiträgt, daß die von der Mehrheit der Sozialdemokratie vertretene Arbeiterschaft sich hält auf der Linie des 4. August 1914, so würden wir das als großen Erfolg betrachten. (Sehr richtig links.)

Die schärfsten Angriffe sind gegen den Minister Dr. Drews gerichtet worden, obwohl Sie doch nicht behaupten können, daß er auf dem Boden des Parlamentarismus aufgewachsen ist. Wir schließen uns dem Urteil Dr. Friedbergs an, daß Dr. Drews ein ganz hervorragender Reformminister sei, und die von guten, sachlichen Gründen getragene, ehrliche und warmherzige Überzeugung, die wir aus seinen Worten herausgehört haben, imponiert uns erheblich mehr, als der einer inneren, sachlichen Begründung entbehrende Hochmut, der diese Ausführungen als „allgemeine Redensarten“ bezeichnete. (Stürmische Zustimmung links.) Wenn der Minister hier angegriffen wird, so muß er sich trösten: Jeder preussische Minister, der innere Reformen veranlaßt hat, ist von der Rechten angegriffen worden. (Lebh. Sehr richtig links.)

Ueber die Haltung der Parteien haben wir hier dunkle Drohsprüche gehört. Was dahinter steht, wird sich erst in der Kommission zeigen. Auch wir sind den natürlich sorgfältigen Bedenken, aber sie darf nicht zur Verschleppung führen. Nach der Ankündigung v. d. Ostens scheint es, als beabsichtige man, die ganze umfangreiche Wahlrechtsmaterie mit heißem Bemühen durchzuarbeiten. Die Aufgabe der Kommission aber ist es, sich an die Vorlage zu halten, umst würde das Ende des Krieges über heranzukommen, als das Ende der Kommissionsberatung. (Sehr wohl links.) Wir warnen vor einer falschen Beurteilung der Massentimmung. Mögen alle Parteien sich ihrer eigenen Verantwortung bewußt bleiben! (Lebh. Beifall links.) Klar ist, daß wir mit dem entschlossenen Widerstand der Konservativen zu rechnen haben. Wenn Abgeordneter v. d. Osten gesagt hat, seine Freunde gingen nicht von parteipolitischen, sondern von staatspolitischen Erwägungen aus, so klingt das jedenfalls besser als die Aeußerung des offiziellen konservativen Fraktionsordners Frechner v. Sammelein im Jahre 1888: „Bei den Abgeordnetenhauswahlen machen wir bessere Geschäfte, also wollen wir sie nicht ändern!“ (Lebh. Fort. hört links.) Wenn Herr v. d. Osten betont hat, daß die Konservativen nicht den Staat bedrängen, sondern ihm dienen, so steht ja fest, daß seit Jahrhunderten alle wichtigeren Stellen in der Verwaltung und im Beweisen überwiegend von Konservativen und Jüdigen besetzt worden sind. Den wichtigsten bürgerlichen Elementen war die freie Bahn verwehrt. (Sehr richtig links.) In Wahrheit ist der Wahlrechtskampf ein Kampf um die politische Macht in Preußen und der konservative Widerstand geht hervor aus dem Entschluß, jede Beeinträchtigung ihrer politischen Macht und wirtschaftlichen Interessen mit aller Kraft zu verhindern. Selbst in der Kriegszeit hat sich dieses System der Stellenbesetzung nicht wesentlich geändert, und selbst, wenn einmal ein nationalliberaler Abgeordneter Regierungspräsident wird, so wird damit der Charakter des Systems auch nicht geändert. (Sehr gut links.) Unter konservativer Kontrolle von Gohler hat freilich ausdrücklich den Anspruch erhoben, daß die Regierungsstellen mit Konservativen besetzt werden müßten, weil dies allein Verläßlichkeit für die Staatssicherheit hätte. (Hört, hört und Lachen links.) Ich weiß nicht, ob er nach den Erfahrungen dieses Krieges den Anspruch noch aufrecht erhält. (Sehr gut.) Bei der heutigen Entwicklungstendenz von Handel und Industrie ist es endlich an der Zeit, die konservative Vorherrschaft in Preußen zu brechen. Man hat allerdings Herr v. d. Osten erklärt, er trete ja auch für die Wahlreform ein. Aber die konservative Partei beharrt sich vor, nicht zu bestimmen, welche Zeit sie für die geeignete zur Durchföhrung halte. Das haben wir schon oft gehört. (Sehr gut links.) Vor 30 Jahren, im Jahre 1886, erklärte der konservative Redner zu einem Wahlrechtsantrag, er halte das Wahlsystem in Preußen durchaus nicht für vollkommen, sondern für mangelhaft. Aber der Zeitpunkt sei noch nicht gekommen, um das Wahlsystem zu rüsten. Wenn wir darauf warten müßten, bis für die konservative Partei der Zeitpunkt gekommen ist, um Wahlrecht zu rüsten, müßten wir wohl auf den St. Nimmerleinstag harren. (Sehr richtig links.)

Die fortschrittliche Volkspartei ist von jeher für das gleiche Wahlrecht zu den einzelstaatlichen Landtagen eingetreten. Gerade Eugen Richter hat diesen Standpunkt stets mit aller Schärfe vertreten. Herr v. d. Osten warnte uns vor der radikalisierenden und nivellierenden Wirkung des gleichen Wahlrechts, durch die der Liberalismus Einbußen erleiden werde, und kritisierte das Reichstagswahlrecht als angeblich ungewöhnliche Rücksichtslosigkeit und Vergewaltigung der Minderheit. Dieses Urteil werden sich die Reichstagswähler wohl merken. (Sehr gut links.) Die Zusammenlegung des Reichstags entspricht auch nicht unseren Ideen; wir würden wünschen, daß Handel, Gewerbe und Industrie eine ihrer Bedeutung entsprechende größere Vertretung im Reichstag hätten. Im Staate der allgemeinen Schulpflicht, der allgemeinen Steuer- und Wehrpflicht muß auch ein allgemeines, gleiches Wahlrecht herrschen, und erst recht nach den Erfahrungen dieses Krieges. (Sehr richtig links.) — In der Frage der Einleitung der Wahlkreise werden wir versuchen, das bestehende Unrecht zu beseitigen. Auch die Forderung der dreifachen Staatsangehörigkeit für die Ausübung des Wahlrechts geht uns zu weit. Eine Erweiterung der Frauenrechte wünschen wir in je er Beziehung, doch wollen wir die Wahlreform nicht mit der Forderung des Frauenwahlrechts belasten.

Herr v. d. Osten laut Konflikt der Krone mit einer Vollvertretung des gleichen Wahlrechts voraus und will die Krone gegen ihre Gefährdung durch eine Vorlage der Regierung schützen. Plus royaliste plus le roi, sagte ja auch Herr v. Oldenburg. So sprechen die preussischen Exarier stets, wenn sie ihre eigenen gefährdeten Vorrechte durch das Verschleiden der Krone zu schützen suchen. Aber Wilhelm II. hat durch seine Erlasse und durch diese Vorlage bezeugt, daß er ebenso wie sein großer Ahnherr über ein freies Volk zu herrschen wünscht. Ein freierlicher Ausbau der Staatseinrichtungen wird die beste Stütze für die Monarchie sein. Wir halten an der Hoffnung fest, daß die Vollvertretung hinter dem Träger der Krone nicht zurückbleiben wird, wenn es gilt, das Vertrauen zum Volke durch die Tat zu beweisen. (Lebhafte, anhaltender Beifall und Händeklatschen links.)

Abg. Lüdike (Freiknl.):

Die Wahlrechtsfrage hätte während des Krieges nicht aufgeworfen werden sollen. Das gleiche Wahlrecht ist der Strohalm, auf dem ein erkrankender Reichskanzler griff. Mit diesem Verstand, die Sozialdemokratie an der Stange gehalten werden. Gewiß die Munitionsorte könnten vorübergehend einen Anreiz veranlassen, aber unsere Arbeiter sind weit davon ent-

fernt, zu Wörbern an unseren Soldaten zu werden. Freilich muß gegen Heber, die Straits in Munitionsfabriken hervorgerufen wolle, rücksichtslos vorgegangen werden. Mit einigen Ausnahmen lehnen meine Freunde das gleiche Wahlrecht ab und fordern ein Pluralwahlrecht, das man nach den Erfahrungen in Sachen nicht so ohne weiteres von der Hand weisen sollte. Unter dem gleichen Wahlrecht würde das Königtum zu einem Schein-königtum herabsinken, das gleiche Wahlrecht wäre ein Schritt auf dem Wege zum Parlamentarismus und zur Republik. (Beifall rechts.)

Abg. Korlanty (Po'le):

tritt für das gleiche Wahlrecht ein. Die Reden der nationalistischen Parteien hier im Hause lassen neue Anschläge auf die Gleichberechtigung der polnischen Volksteile befürchten. Die polnische Fraktion hat leider keinen Sitz im Wahlrechtsausschuß erhalten, obwohl wir 10 Prozent der preussischen Bevölkerung vertreten. Wir beantragen daher, die Zahl der Mitglieder des Ausschusses von 28 auf 35 zu erhöhen; damit wir auch einen Sitz erhalten können. Wie groß muß der Klerger sein, wenn der Führer der Konservativen die gehaltvollen Darlegungen des Ministers des Innern als allgemeine Redensarten bezeichnen konnte. Die Polen wollen nicht Objekte, sondern Subjekte bei den Friedensverhandlungen sein.

Damit ist die zweite Reihe der Redner, die über die Wahlrechtsvorlagen gesprochen haben, zu Ende. Es folgt die Aussprache über die Neugestaltung des Herrenhauses.

Abg. Graf (Konf.):

Wir sind grundsätzlich bereit, den Herrenhausentwurf zur Grundlage von Verhandlungen über eine veränderte Zusammensetzung zu machen, wir wollen dem Herrenhaus durch Erweiterung seiner Grundlagen stärkeren Rückhalt im Volke verschaffen, wir halten aber fest an seiner Stellung im Zweikammerwesen. Zweifelhaft ist es uns, ob es richtig ist, die erbliche Mitgliedschaft zu beseitigen und manchen Städten das Präsentationsrecht zu nehmen. Schwere Bedenken erregt in uns die Bestimmung, die das Präsentationsrecht für ländlichen Grundbesitz, der seit mindestens 50 Jahren im Besitze ein und derselben Familie ist, an einen Flächeninhalt von mindestens 100 Hektar knüpfen. Wir wünschen eine Vertretung des seit zwei Generationen in fester Hand befindlichen bäuerlichen Besitzes im Herrenhause. Der Vertretung führender Männer von Handel und Industrie stimmen wir zu, jedoch muß die sehr stützige Regelung in der Vorlage verbessert werden. § 15 sieht eine parlamentarische Berufsvertretung vor. Die Kommission wird zu prüfen haben, ob diese parlamentarische Berufsvertretung im Herrenhause oder im Abgeordnetenhause zu verwirklichen ist. Wir billigen die Erweiterung des Staatsrechts des Herrenhause's, allerdings darf man sich nicht der Hoffnung hingeben, dadurch einen sicheren Schutz vor dem radikalisierten Abgeordnetenhaus zu finden. England beweist, daß es einen solchen Schutz nicht gibt, wenn ein demokratisches Unterhaus entschlossen seinen Weg geht. Deshalb muß auch unser Unterhaus vor einer rettungslosen Demokratisierung geschützt werden. Die Bestimmung über die automatische Erhöhung der Mandatszahl bei großen Wahlkreisen für je 250 000 Einwohner werden wir in freundliche Erwägung ziehen. Der Redner wendet sich dann gegen die Sozialdemokraten. Wie kann die Regierung einer so abgewirtschafteten Partei solchen Einfluß einräumen. Wir lassen uns von niemandem in der Reichstrause überreden. Lassen Sie Preußen aus keine Fassen k'la werden. Die straffe norddeutsche Organisation ermöglicht den Süddeutschen erst ihre breitere Behaglichkeit. Wir rufen den Süddeutschen zu: Bitte, lassen Sie uns in Rubel Welleicht kommt ein Tag, wo Sie unsere staatsverhaltende Kraft brauchen. (Beifall rechts. Hurra-Rufe links.)

Abg. Eippmann (Fortsch. U.-P.):

Wenn ich den Kampf sehe, der hier gegen das gleiche Wahlrecht geführt wird, so habe ich das Gefühl, daß wir nur die erste Position zu nehmen haben, die zweite ausgebaute Position aber im Herrenhause sein wird, das nach der Regierungsvorlage und nach der Absicht der Mehrheit dieses Hauses ein Gegenbolkwert werden soll gegen das aus gleichen Wahlen hervorgehende Abgeordnetenhaus. Das Herrenhaus hat sich als vorzuziehlich erwiesen; aber es erscheint uns als sehr fraglich, ob die Vorlage andere Grundlagen bringen wird als die heutigen. In seiner jetzigen Gestalt stellt das Herrenhaus zum größten Teil eine Vertretung des Großgrundbesitzes dar, und es hat auch die Interessen des Großgrundbesitzes stets vertreten. Auch nach der Vorlage sollen zur Präsentation berechtigt sein die Vertreter der Fürsten, Grafen und Herren und die Vertreter der nach den alten Bestimmungen mit erblicher Berechtigung dem Herrenhause angehörigen Geschlechter und sonst zur Präsentation berechtigten Körperschaften. Diese alten Verbände stellen allein 60 Vertreter. Nach der Befassung sollen wir Standesvorrechte nicht mehr haben, hier aber werden sie aufrechterhalten, um dem Herrenhause seinen Charakter als Vertretung des Großgrundbesitzes zu wahren. Dazu sollen noch 26 Besitzer ländlicher Grundstücke von mehr als 500 Hektar, die mehr als 50 Jahre im Besitze der Familie sind, kommen. Das ist eine Präsentation nicht von öffentlich rechtlichen Korporationen, sondern von Privaten. Dieser stehen zur Seite 36 Vertreter von Handel und Industrie, die von den Leitern großer industrieller Werke bestimmt werden. Diese Bestimmung stellt ein ganz besonderes Unrecht gegen die Handelskammern dar, die ja die besten Vertretungen von Handel und Industrie sind. Weiter sollen Grundbesitzer durch die Landwirtschaftskammern präsentiert werden. Darin könnte man ein Gegengewicht gegen das Ueberwiegen des Großgrundbesitzes erblicken, wenn nicht eben auch in den Landwirtschaftskammern heute der Großgrundbesitz dominierte. Der mittlere und kleinere landwirtschaftliche Besitz ist also durch die Vorlage durchaus ungenügend berücksichtigt. 72 Vertreter der städtischen und ländlichen Selbstverwaltung sollen von den Provinziallandtagen präsentiert werden. In ihrer heutigen Zusammensetzung stellen aber auch diese nur eine Vertretung des Großgrundbesitzes dar. Dazu sollen noch 36 Bürgermeister größerer Städte kommen. Ich darf aber daran erinnern, daß heute 51 Großstädte im Herrenhause vertreten sind. Von einer erweiterten Vertretung der städtischen Selbstverwaltung ist also keine Rede. Ferner vermischen wir eine genügende Vertretung des Handwerks. Bei den 2 Millionen handwerksmäßigen Betrieben, die wir in Preußen haben, sind 12 Vertreter entschieden zu wenig. Liebt der König sein Verfassungsrecht voll aus, so erhält das Herrenhaus 510 Mitglieder. Das scheint etwas viel. Aber von den erblichen Mitgliedern kann man alle oder doch einen größeren Teil weglassen und so Platz gewinnen für eine Vertretung der Arbeiter und der Angestellten. Wenn ja, so hat sich in diesem Kriege gezeigt, was die Arbeitskraft für ein Staatswesen bedeutet, was die Organisation der Arbeitskraft für einen Wert für das Staatswesen hat. Hätten wir nicht das geschulte Arbeiterheer gehabt, so wäre die wirtschaftliche Organisation während des Krieges nicht möglich gewesen. Ohne das geschulte Arbeiterheer wäre auch die Zusammenziehung unseres Kriegsheeres eine ganz andere und seine Leistungsfähigkeit viel geringer gewesen. Daher müssen wir anerkennen, daß der Arbeiterschaft eine Vertretung im Herrenhause gebührt.

Auch die Gelehrtenstände, die Ärzte, die Rechtsanwälte, die Vertreter der Schulen, sowohl der höheren wie der Volksschulen, haben ein Recht auf Vertretung im Herrenhause.

Wo bleibt die Vertretung der Presse im Herrenhause?

Man hat soviel von der Bedeutung der Presse gesprochen; von ihrer Anerkennung finden wir in dem Gesetz nichts. Hier dürfte, wenn nicht anders, das königliche Berufungsrecht die Lücke ausfüllen, doch vermögen wir noch eine dahingehende Erklärung. Selbstverständlich werden wir in der Kommission auch der Frage nachzuerfahren, wie der kleinere Grundbesitz und der städtische Hausbesitz usw. vertreten werden können. Der Kampf, den wir führen, gilt dem vollen Rechte des Volkes, mitzuwirken an den Geschicken Preußens. Dieser Kampf wird und kann nicht zu Ende sein, solange es noch ein Herrenhaus gibt, das durch seine Bezeichnung schon eine besondere Stellung in Anspruch nimmt und in dem gewisse Interessen überwiegend vertreten sind, andere wichtige Interessen dagegen gar nicht.

Wenn wir uns heute nach viertägiger Debatte fragen, ob denn nun wirklich das gleiche Wahlrecht in Preußen gegeben werden soll, so muß den Patrioten ein Gefühl der Unruhe und der Furcht beschleichen. Wir befinden uns in einem der größten historischen Momente der Geschichte Preußens: die Krone fordert von der parlamentarischen Vertretung Rechte für das Volk, und aus der Mehrheit dieses Parlaments erschallt nicht der freudige Ruf der Zustimmung, sondern der Widerspruch. Aus dem Zentrum werden lebhaft Bedenken geltend gemacht und die Nationalliberalen erklären, was wir tun werden, das können wir noch nicht sagen. Es ist das für unser Volk eine ungeheure Entscheidung. (Lebhafte Sehr richtig links.) Untersuchen Sie die Folgen der Beunruhigung nicht, die dadurch hinausgetragen wird! Was jetzt geschieht, ist ein Kampf der dritten Wählerklasse gegen die zweite und erste, ein Kampf der vielen Millionen gegen wenige Hunderttausend, und in diesem Kampfe steht die Krone auf der Seite des Volkes. Die Rechte verkennt nicht die Gefahr, die darin für sie liegt. Ihr Widerstand wird Ihnen nichts helfen, denn was die Krone an Reformen hat durchführen wollen — abgesehen vom Mittelländkanal (Seiterleit) — hat sie durchgeführt, und meist nicht mit Ihnen, sondern gegen Sie. Einen Kampf gegen Krone und Volk müssen Sie verlieren, Sie sollten ihn erst gar nicht aufnehmen. Was strebt denn die Krone an? Die feste Geschlossenheit des ganzen Volkes, und da dürfte doch das Abgeordnetenhaus nicht versagen! (Sehr gut links.) Dem Minister des Innern danken wir für seine entschlossene, würdige und begeisterte Vertretung der Vorlage. (Beifall links.)

Abg. v. d. Osten hat die preussischen Junker verteidigt und gepriesen. Gewiß haben sie vieles geleistet, allerdings zu einer Zeit, wo noch weniger als heute eine Konkurrenz des Bürgertums in den militärischen und Verwaltungsklassen für sie bestand. Herr v. Hildebrand sagte, wenn ein liberaler Parlamentarismus geherrscht hätte, dann hätten wir Deutschland noch nicht. Von wem stammt denn die Idee Deutschland, wer hat für das Deutschland unter dem Vorkussentum geblutet und gelitten? Das war die liberale Jugend, das waren die Studenten, die in Gefängnisse gesteckt wurden, die Leute, die nach 1848 verfolgt worden sind wegen ihrer deutschen Gesinnung. Wie kommt es, daß unser Volk vor dem Krieg innerlich so zerrissen war, daß Millionen von Wählern beiseite standen und alles Staatsgefühl ihnen gründlich ausgetrieben erschien, so daß unsere Feinde rechneten, die Sozialdemokratie werde keine Heeresfolge leisten? Das kam von dem gehässigen Kampf gegen das Arbeiterium, von dem ständigen Eintreten der Staatsgewalt für das Unternehmertum; zuletzt hat man ja sogar die Organisationen der Arbeiter als politische posselich verfolgt! Ebenso wurden die nationalen Minderheiten verfolgt und gehetzt. Dieser Geist entsprach dem preussischen Klassenparlament. Da kam der Krieg. Er war der große Gleichmacher, der große Förderer des Reichsgedankens, und die, die ungerichtet verfolgt waren, die ärmsten Söhne des Volkes, waren die getreuesten. Das erkennt die Regierung an, und das wollen wir anerkennen und bitten Sie, diese Streitereien zu lassen, wie weit man im Vertrauen zum deutschen Volke gehen kann! (Beifall links.) Zur Wiedervereinigung des ganzen Volkes gehört die Beseitigung der Klassenwahl und aller politischen Vorrechte, gehört das gleiche Recht. Unsere Pflicht ist es, dafür zu sorgen, daß unsere Krieger einst heimkehren an den Herd, der ihrer wartet, mit gleichen Pflichten, aber auch mit gleichen Rechten, nicht an einen Herd, wo die alten Privilegien lauern. Im Interesse unseres Heeres, derer, die da draußen für uns kämpfen: Gleiches Recht für alle! (Stürmischer Beifall links.)

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Dienstag, 11 Uhr, außerdem Antrag Kaufmann (Zentr.) über Verhinderung der Besichtigung von Kunstwerken ins Ausland.

Schluß 4 1/2 Uhr.